

Bürgerliche Phalanx gegen «Buchpreisdiktat»

11. März SVP, FDP, CVP und Jungparteien, GLP, BDP, AIHK und Gewerbeverband wehren sich gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung.

VON MATHIAS KÜNG

Aufgrund eines Entscheids der Wettbewerbskommission (Weko) fiel in der Deutschschweiz vor Jahren die kartellistische Buchpreisbindung. Laut Weko ist sie unzulässig. Der Bundesrat weigerte sich 2007, regulatorisch einzugreifen, weil der Markt funktioniere. Einer knappen Mehrheit des eidgenössischen Parlaments ist diese Situation aber ein Dorn im Auge. Sie setzte vor knapp einem Jahr ein Gesetz zur Wiedereinführung der Buchpreisbindung durch. Vorab die Jungfreisinnigen sammelten erfolgreich Unterschriften für ein Referendum, weshalb der Souverän am 11. März über das Schicksal dieses Gesetzes befinden kann.

«Wettbewerb funktioniert»

Gestern stellte sich in Aarau ein breit abgestütztes kantonales, bürgerliches Komitee «gegen die absurde Wiedereinführung der Buchpreisbindung» vor. Für Jeanine Glarner, Präsidentin der Jungfreisinnigen Aargau, gibt es seit der Abschaffung der Preisabsprachen gar kein Problem. Der Wettbewerb funktioniere. Das von vielen befürchtete Massensterben von Schweizer Buchhandlungen finde nicht statt.

Gar wie eine Vorlage aus einer anderen Zeit gemahnt das Gesetz FDP-Präsident Thierry Burkart. Mit dieser mit der Verfassung nicht kompatiblen Vorlage bewirke man nicht die beabsichtigte Kulturförderung, sondern bloss Monopolrenten, die dann von den Marktmächtigen abgeschöpft werden, so Burkarts Kritik. Ihn dünkt absurd, dass Importeure, Verlage und grosse Buchhändlerketten mit kartellistischen Absprachen «den Preis diktieren». Bewirken werde man dafür, dass die Leute im Ausland oder noch mehr via Internet (im Ausland) Bücher kaufen. Ein Buchpreisdiktat werde denn auch letzt-

lich zum Bumerang für den Buchhandel, ist Dominik Peter von der GLP überzeugt. Für ihn ist klar: «Günstige Bücher sind die beste Leseförderung.» Werden diese mit der Wiedereinführung der Buchpreisbindung wieder teurer, weichen die Leute auf Secondhandhandel, Bibliotheken und Internetverkauf aus. Der Internethandel betrage heute schon 15 Prozent, er werde sich sowieso weiter erhöhen. Mit dem «Buchpreisdiktat» werde man dies nur beschleunigen. Da der Schweizer Gesetzgeber

«Die schöpfen bloss die hohe schweizerische Kaufkraft ab.»

Andreas A. Glarner, Grossrat und SVP-Fraktionspräsident

ausländische Onlinehändler nicht erfassen kann, hätten inländischer Onlinehandel und eben Buchhandlungen das Nachsehen. Darauf legt auch BDP-Präsident und Nationalrat Bernhard Guhl den Finger.

Für SVP-Fraktionspräsident Andreas A. Glarner ist klar, wer von der Buchpreisbindung profitieren würde: vorab deutsche (Buch-)Grosskonzerne, die viel in die Schweiz importieren und hier schon viele Buchhandlungen besitzen oder daran beteiligt sind. Glarner: «Sie wären die grossen Profiteure. Die haben kein Interesse an Kulturförderung, die schöpfen bloss die hohe schweizerische Kaufkraft ab.»

Hätte ein Ja Präjudizwirkung?

Sven Strebel, Präsident der Jungen CVP, erachtet es als eine Utopie der Befürworter, zu glauben, mit der Buchpreisbindung könne man Kulturförderung betreiben. Eine massive Wettbewerbseinschränkung durch das Gesetz kritisiert auch Marco Caprez von der AIHK. Im Erfolgsfall an der Urne könnte es Präjudizwirkung haben, fürchtet er. Dann könnten die Musikbranche und weitere mit denselben Argumenten antreten. Das will Caprez nicht. Deshalb kommt von der AIHK «ein Nein zu diesem ordnungspolitischen Sündenfall».